

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1.  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6432.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlung- und  
Zahlstellen-Anzeigen bis  
3 geplante Kolonel-Zeile  
50,-  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.  
Druck von E. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.  
Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Zur Sozialisierungsfrage.

II.

#### Außere und innere Sozialisierung.

Wenn man das Wesen der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens genauer untersucht, so findet man, daß es sich hierbei um zwei ganz verschiedene Dinge handelt, die aber in einem inneren Zusammenhange stehen und sich gegenseitig ergänzen müssen. Stein äußerlich betrachtet ist die Sozialisierung ein sozialistische. Ein Betrieb wird enteignet, er wird aus dem Eigentums- und Besitzverhältnisses, von innen aus gesehen, ist sie ein Entwicklungsvergang, eine geistige Umwandlung unserer Wirtschaftsweise aus einer kapitalistischen in eine sozialistische. Ein Besitz wird enteignet, er wird aus dem Eigentum eines Kapitalisten oder einer Kapitalistengruppe in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt, was wir mit dem Ausdruck Vergesellschaftung bezeichnen. Er soll aber auch in seinem Wesen verändert werden, indem der Geist des Kapitalismus aufgegessen und durch den Geist des Sozialismus ersetzt wird, wofür wir den Namen Vergesellschaftung geprägt haben. Die rein äußerliche, mechanische Sozialisierung ändert an und für sich an dem Wesen eines Betriebes nicht das geringste, es muß noch die innere Sozialisierung hinzukommen, die den Betrieb erst wirklich zu einem sozialistischen Betrieb macht. Kurz ausgedrückt heißt das: die Vergesellschaftung unseres Wirtschaftslebens muß durch eine Vergesellschaftung ergänzt werden.

Die Vergesellschaftung eines Betriebes kann im Handumdrehen vollzogen werden, etwa durch einen gesetzgeberischen Akt, durch einen Parlamentsbeschluß, durch eine friedliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten oder auch durch eine gewaltsame, zwangsweise Enteignung; sie hat aber auch lediglich eine formale Wirkung und läßt den Betrieb als solchen unverändert. Dagegen verlangt die Vergesellschaftung eines Betriebes Arbeit, Geduld und Zeit, sie kann nicht das Werk eines Augenblicks sein, sondern nur das Ergebnis eines langwierigen Umwandlungsprozesses, dafür wählt sie aber auch den Betrieb von Grund auf um und führt ihm eine neue Seele ein. Die innere Sozialisierung ist natürlich viel schwieriger als die äußerliche Formüberänderung, dafür ist sie aber auch viel weittragender, wirkungsvoller und segensreicher als jene. Die Vergesellschaftung ist eine Frage des Rechts oder der Macht, die Vergesellschaftung ist eine Sache der Bildung und der Erziehung, erstere beruht auf dem Willen, letztere auf dem Können, erstere erfordert wirtschaftliche Kraft und politische Macht, letztere muß sich auf geistige und seelische Kräfte stützen.

Leider bleiben die allermeisten Menschen im Formale stehen, da ihr Blick an Neuerlichkeiten haftet und nicht in die Tiefe dringt. Sie sehen in der Sozialisierung nur den äußerlichen Rechtsakt, die Veränderung des Eigentums, während sie darüber die innere Umwandlung, die Durchläuferung mit dem Geiste des Sozialismus, vernachlässigen, obwohl diese mindestens ebenso wichtig ist wie jene. Darum erwarten sie die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens von den Parlamenten und Regierungen oder gar von einer gewaltigen Enteignung durch die Diktatur des Proletariats, anstatt daß sie die Sozialisierung selbst in die Hand nehmen, was eigentlich schon längst hätte geschehen müssen. Und weil die Sozialisierung von oben auf sich vorwärts läuft, was nach der Überzeugung eines jeden Sachkenners nicht etwa an dem freien Willen der maßgebenden Personen und Stellen liegt, als vielmehr an den ungeheuren Schwierigkeiten unserer Lage, werden die Massen ungeduldig und unruhig. Die Enttäuschung über die mangelhaften Erfolge der Revolution führt dazu, daß ein großer Bruchteil des durch die revolutionären Ereignisse ausgepeitschten Proletariats wieder in die alte Gleichgültigkeit und Untätigkeit zurückfällt und dadurch der kommenden Reaktion den Weg ebnet, während die willensstarken Elemente glauben, durch Streiks, Putsch und andre radikale Mittel die Revolution weiterzutreiben zu können, was ebenfalls der Reaktion Vorschub leistet.

Da erscheint es denn wünschenswert, daß der Blick der Massen auf die innere Sozialisierung gerichtet wird, die schon heute vorgenommen werden kann und muß. Zweifellos ist sie geeignet, unser Wirtschaftsleben wieder gefund zu machen und dadurch die äußere Sozialisierung zu erleichtern. So viel steht ja unbestreitbar fest: soll eine Sozialisierung wirklich Wert haben, so muß ein neuer Geist in die Betriebe einziehen, der alte Saureteig der Selbstsucht und der Egoismus, der Zynismus und der gegenseitigen Verfeindung muß gründlich ausgegessen und durch den Geist des Solidarismus und des Gemeininteresses, der Eintracht und der Brüderlichkeit ersetzt werden. Alle in einem Betriebe Beschäftigten müssen dahin erzogen werden, daß sie aus Gemeinsinn und Menschenliebe, freiwillig und ohne Zwang, ebenso ihre Pflicht tun, wie sie es bisher aus persönlichem Interesse, nämlich aus der Sucht nach hohem Verdienst oder aus Angst vor wirtschaftlichen Schädigungen, getan haben. Darüber hinaus müssen sie sich gewöhnen, zur Förderung des Gemeinwohls pflichtreuer, gewissenhafter und sorgfamter zu arbeiten als bisher. Sozialismus heißt ja, das Allgemeininteresse höher stellen als den persönlichen Vorteil, bei allem Tun und Lassen den eigenen Vorteil unter Umständen zurückzulassen und bewußt und planmäßig Rücksicht nehmen auf das Wohl und Wehe anderer Menschen und zumal der

Allgemeinheit. Wenn diese Erziehung unsres Volkes zu einer sozialistischen Gesinnung und Handlungswise nicht gelingt, dann mag sich der Sozialismus nur ruhig begraben lassen.

Wie weit wir hiervon noch entfernt sind, das braucht unsern Lesern, die mitten im wirtschaftlichen Leben drin stehen, wohl nicht erst gesagt zu werden. Sie kennen die Wirklichkeit und erfahren täglich, daß das, was von den Schreibern und Wirkköpfen unter der Flagge des Sozialismus verzapft wird, mit dem wirklichen Sozialismus nichts zu tun hat. Besonders den alten Genossen, die in der Schule des Sozialismus groß geworden sind, dreht sich manchmal das Herz um, wenn sie müssen, in welch frivoler Weise mit dem Sozialismus Schindblöde getrieben werden. Aus dieser Extremis heraus muß uns nun der Wille erwachsen, erzieherisch auf die Kollegen und Kolleginnen einzutwirken und sie zu Tatsozialisten zu machen, die das Wort Sozialismus nicht nur im Munde führen, sondern auch durch die Tat beweisen. In dieser Hinsicht vermögen die Betriebsräte eine dankbare Aufgabe zu erfüllen, indem sie neben der Vertretung wirtschaftlicher Interessen auch Erziehungsarbeit leisten. Sie können sich ein großes Verdienst um die Arbeitersklasse erwerben, wenn sie die äußere Sozialisierung der Betriebe fördern, zugleich aber auch für die innere Sozialisierung Sorge tragen. Beides muß Hand in Hand gehen, da das eine ohne das andre keinen Wert hat, weil es nur halbe Arbeit ist. Wie beim Menschen Körper und Seele gleichermaßen das Wohlbefinden beeinflussen, so wird unser Wirtschaftsleben nur dann gesund, wenn die sozialistische Form mit einem sozialistischen Inhalt erfüllt wird.

### Neue Organisationsformen.

Der Kollege W. Reimann (Berlin) schreibt:

Der Artikel in Nr. 35 des "Proletariers" mit obiger Überschrift gibt mir Anlaß zu einigen Bemerkungen:

Vorweg: "Die Motive, die den Arbeiterausschuß der Margarinewerke Berolina, speziell den Kollegen Hünicke, leiteten, haben mit neuen Organisationsformen wirklich nichts zu tun. Sie sind auch mit den Ansichten, wie wir folgte in letzter Zeit aus der Seifenindustrie erhalten haben, gar nicht auf eine Stufe zu stellen!" Hier kurz der Sachverhalt:

Die Kollegen der Margarinewerke Berolina befanden sich seit längerer Zeit über die Zahlung einer Leistungszulage zu den abgeschlossenen Tarifabkommen mit ihrer Firma in Differenzen. Seitens der Firmenleitung wurde in dem Sinne operiert, als ob in Berlin schon an und für sich außerordentlich hohe Löhne gezahlt würden, außerdem wurden wiederholt Andeutungen gemacht, daß in andern Orten gewisse Mindestleistungen des einzelnen Arbeiters vorgesehen wären usw. Um hier Klarheit zu schaffen und bei der staatshindrenden Sitzung des Schlichtungsausschusses Material in den Händen zu haben und damit den bei uns organisierten Kollegen zu dienen, deshalb das Vorgehen der Kollegen der Berolina.

Nun sind auch wir durchaus der Meinung, daß die Kollegen sich das Material durch die hiesige Ortsverwaltung hätten beschaffen sollen, ob aber das über den grünen Blatt gelebte Vorgehen der Kollegen aus Stettin das richtige war, bestreiten wir, es gibt andre Wege.

Vor mir liegt ein Schreiben eines Arbeiterausschusses aus München, welches an den Arbeiterausschuß einer hiesigen Fabrik gestellt wurde, ohne die Lohnverhältnisse usw. gerichtet ist. Der betreffende Ausschuß hat das Schreiben unserer Ortsverwaltung vorgelegt, und dieselbe hat sich um Auskunft über den Verfasser, die Bemeggründe usw. an die Zahlstellen München gewandt. Bis heute sind wir allerdings noch ohne Antwort, aber es ist deswegen kein Artikel von anderthalb Spalten im "Proletarier" erschienen und wir werden, wenn uns München mitteilt, die Kollegen sind bei uns organisiert, die gewünschte Auskunft im Interesse der Sache gern erteilen; selbst wenn hier einmal "St. Bürokratius" nicht zu seinem Recht kommen sollte.

Nun legt aber der Artikel unzweifelhaft eine Wunde in unserer Organisation blau, und zwar die mancherhafte Verbindung in den einzelnen Industriezweigen. Wohl sind Tarifabkommen geschlossen, in diesem Fall ein Reichstarif, aber bei den doch immerhin gegen früher veränderten Arbeitsmethoden fehlt jede Führung, jeder Austausch von Meinungen über die gemeinsamen Interessen in der Industrie.

Und so wie es in der Margarineindustrie liegt, ist es leider in allen andern Industriezweigen unseres Agitationsgebietes. Hier müssen Wandel geschaffen werden. Es müssen Kräfte frei gemacht werden, die als Informationsquelle in allen, die einzeln in Industriegruppen und Orte betreffenden Fragen schnellsten Auskunft geben können. Es müssen von Zeit zu Zeit Branchenkongferenzen abzuhalten werden, wo die Meinungen ausgetauscht und die gegenseitigen Erfahrungen erörtert, um später aufzudringend verwendet zu werden. Gewiß wird heute jede Kreis, jeder Kreis gebraucht, aber wollen wir den Kreispräsenz der Zeit Rednung tragen, dann müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die dringenden Anforderungen zu befriedigen.

Wie liegen heute die Dinge? Eine größere Zahlstelle bedarfsgünstigt für ihr Wirtschaftsgebiet in der chemischen Industrie einen Lohnvertrag abzuschließen. Um nun nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, schlecht abzuschließen, wendet sie sich an 10, 20, 30 Zahlstellen mit der Frage, wie sind bei euch die Verhältnisse, was werden für Löhne verabt. usw. Nur wenige antworten rechtzeitig, andre verspätet und der größte Teil gar nicht.

Später kommen dann die Vorwürfe: „Wie kommtet ihr zu unserem Schaden so abschließen, ihr habt uns die Verhandlungen wesentlich erschwert usw. Das Gesagte trifft für alle Industriezweige zu.

Es muß eine Zentralstelle geschaffen werden, bei der alle abgeschlossenen Verträge, Lohnänderungen usw. zusammenkommen. Die Zentralstelle muß jederzeit in der Lage sein, das einschlägige Material zur Verfügung zu stellen. Sie ist nicht zu vertreuen mit der Stelle, die das Material zu statistischen Zwecken verarbeitet. Man kommt nicht mit dem Hinweis auf den "Proletarier". Seine Hauptaufgabe ist nicht informativ, sondern hauptsächlich agitatorisch zu wirken.

So berechtigt es ist, Bestrebungen, die eine zerstreuende Tendenz tragen, zu bekämpfen, so notwendig es ist, die Beweggründe, die zu derartigen Vorwänden führen, zu untersuchen.

Nicht nur die Wirkung bekämpfen, sondern die Ursachen beseitigen, mit andern Worten:

"Klar aussprechen was ist!"

Hierzu ist zu sagen: Es hat mit Bürokratismus nicht geringste zu tun, wenn eine Organisationsleitung darauf hält, daß alle wichtigen Organisationsfragen durch die Leitung der Organisation resp. durch ihre Organe erledigt werden. Kollege Reimann ist ja derjenigen Meinung, also besteht in dieser Beziehung eine einheitliche Auffassung. Würden die Arbeiterausschüsse die inner-organisatorischen Fragen erledigen, dann verlöre die Organisationsleitung völlig den Überblick. Es ist auch gar nicht notwendig, daß eine Zentralstelle als Informationsquelle geschaffen wird, denn eine solche besteht bereits. Beim Hauptvorstand soll bekanntlich über jede Lohnbewegung berichtet werden. Gleichzeitig das immer, dann liegen im Hauptbüro stets die neuesten Lohn-Errungen schriftlich vor und können auf Verlangen jederzeit den interessierten Kollegen im Reich zugesandt werden. Allerdings wenn Zahlstellen prinzipiell nicht berichten oder auf Anfragen nicht antworten, dann taugt die Leitung in der Regel nicht viel und dann müssen alle Informationsbüros und Zahlstellen nich.<sup>z</sup>. Der Kollege Reimann schreibt, wir müßten die Beweggründe suchen, die zu derartigen Vorgängen (Ausschaltung der Zahlstellen durch die Ausschüsse) führen. Da ist doch die Frage angebracht: Haben denn die Arbeiterausschüsse vor, die in letzter Zeit den von uns ersten Weg eingeschlagen haben, vorher überhaupt den Versuch gemacht, durch die zuständige Organisation ihren Zweck zu erreichen? Nein, das haben sie eben nicht getan. Also, was sind das für Beweggründe, die zu dem unrichtigen Vorgehen dieser Ausschüsse führen? Erst wenn die Organisation, sei es der Hauptvorstand oder seien es die Zahlstellenleitungen, gegenüber irgendwelchem Verlangen von Arbeiterausschüssen auf Unterstützung und Mithilfe verfragt hätten, könnte von Beweggründen gesprochen werden. Es sind also gar keine Ursachen zu beseitigen, weil keine vorhanden waren oder sind. Es liegt auch keine Veranlassung vor, etwas zu beschönigen, was man für falsch hält. So kann man ein Nebel nicht beseitigen, wenn man den Kollegen einredet, sie hätten Gründe gehabt zu ihrem Vorgehen. Die Kollegen in den Ausschüssen müssen sich daran gewöhnen, mit der Organisation gemeinsam zu arbeiten, sonst geraten sie auf die schiefe Ebene. Es ist ganz auffallend, daß die neue Praxis auf einmal in so vielen Industriezweigen auftritt. Früher gab es doch auch Arbeiterausschüsse, aber sie wußten sie ihre Organisation zu finden. Der Gedanke, daß die Ausschüsse von irgend einer Seite beeinflußt resp. geschoben werden, ohne die Organisation zu fragen, ist nicht von ungefähr. Es gibt heute mehr Leute als vor der Revolution, die ein Interesse daran haben, die Arbeiterschaft ihrer Organisation zu entfremden. Deshalb Vorsicht, die Arbeiter könnten es zu bereuen haben, wenn es zu spät ist. Von Kollegen Hünicke speziell sind wir überzeugt, daß er von den edelsten Motiven geleitet, ohne Hintergedanken gehandelt hat. Trotzdem ist es unsere Pflicht, auf die für die Arbeiterschaft schädlichen Folgen hinzuweisen, die aus der in letzter Zeit von verschiedenen Arbeiterausschüssen gebrochenen Praxis entstehen möchten resp. können.

### Aus der Industrie

#### Chemische Industrie

#### Konferenz der Betriebsräte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands.

Urkundnung über die Tätigkeit des Betriebsrates vom Deamer.

Die große chemische Industrie soll scheinbar das zweite Betriebskonsortium für "die Diktatur des Proletariats" werden.

Am 16. August d. J. fand in Halle eine Konferenz der Betriebsräte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands statt. Zur Beratung stand folgende Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Reichskonferenz der Betriebsräte; 2. Ausarbeit der Bezirksorganisation; 3. Finanzfrage; 4. Verschiedenes.

Alles nach dem bekannten Raster des bekannten Bezirksberichterstatters Halle, welcher in seinen Richtlinien zur Zusammenfassung der revolutionären Bergarbeiter sich als oberstes Ziel die Anerkennung durch die Regierung gestellt hat. Nun wird gefragt: Der Betriebsrat hat eine äußerst intensive Agitation und ausgiebige Propaganda durch Flugblätter, Broschüren usw. unter der Bergarbeiterchaft Deutschlands zu betreiben sowie engste Führung mit den anderen großen Industriezweigen (Elektro, Metall, chemische Industrie, Unternehmenswerke usw.) zu nehmen. Er hat dafür Sorge zu tragen,

dass keine Teilstreiks und Teilaktionen ausbrechen. Bedingen die Verhältnisse eine Aktion, so hat sich der Betriebsarbeiterrat mit den auf dem Boden des Rätestaats stehenden politischen Parteien in Verbindung zu setzen und darauf hinzuwirken, dass die Aktion einheitlich durchgeführt wird, er hat die Parole zu geben und die Leitung in die Hand zu nehmen.

Man will aufbauen, aber fragt nur nach wie, Dierentgen, welche in der Vergangenheit sich nicht genug über Vergewaltigung entziffern konnten, möglicherweise am liebsten heute stillieren: "So wird's gemacht, und damit hoffe."

Betriebs- oder Betriebsräte mit politischen Aufgaben, wie man es von Hause her kennt, sind ein Schaden für die Arbeiterschaft. Sie können auch in seinem Fall ihren wirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden.

Man fragt nicht nach Gesetz und Mitbestimmungsrecht, sondern stilliert. Genau so singt es beim Kaisertreue an. Wenn auch Peters und Driebusch öffentlich hervortreten, der eigentliche Drahtzieher ist jemand anders.

Die Stellungnahme der Erfülltenen zu der Tagessordnung braucht nicht unbedingt zu sein. Über die eigentlichen wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte wurde so gut wie nichts geredet, dafür mehr über über den Auf- und Ausbau eines Systems, welches im Geiste keine Unterlagen hat, vielmehr über den politischen Aufgaben solcher Leute entpricht, die wirklich nicht behaupten könnten, dass Kenntnis der Industrie ihre Stärke ist. Zum Ausbau wurde beschlossen, Revierräte, bestehend aus 3 Arbeitern, 1 Techneur, 1 Chemiker, 1 Kaufmann, zu bilden.

Zur Finanzfrage wurde gesagt: Es seien zwei Möglichkeiten vorhanden, Geld zu beschaffen: 1. freimüige Beiträge und 2. Erhebung von Wirtschaftsbeiträgen. Die Aussage des Bezirksrates ist die, dass sich die Bildung der Räteorganisation als eine Notwendigkeit zur Zusammenfassung des revolutionären Proletariats von a hängt a von der politisch en Paritätsgesellschaft der einzelnen gezeigt hat, und da nur durch sie die Vorbereitung der Aufgabe der Sozialisierung praktisch erledigt werden kann, darf kein Mittel unversucht gelassen werden, die selbe so schnell wie möglich und durchgreifend aufzubauen.

Von ihrer Größe und Güte hängt der Sieg des Sozialismus in Deutschland ab. Von diesen Voranschlagungen ausgehend, hält der Bezirksrat es für seine Pflicht, der Konferenz und durch sie der gesamten revolutionären Arbeiterschaft einen Wirtschaftsbeitrag von 10 Pf. pro Woche, wie er unter andern in Hamburg schon dauernd besteht, vorzuschlagen.

Also: unabhängig von der politischen Paritätsgesellschaft — alles vor einen Karten, Räteorganisation so schnell wie möglich, davon hängt alles ab. Deshalb 10 Pf. pro Woche.

Sozialisierung — so sagte einer der Hauptredner — wird eine nie gekannte Arbeitsfreudigkeit auslösen. Was die Herren wollen, Sozialisierung durch Betriebs- oder Revierräte, geht nicht. Selbst nicht bei den allgemeinen, fortgeschrittenen und einheitlichen Betrieben. Denn Sozialisierung bedeutet für alle Dingen Gemeinschaftsarbeit, und um diese holdungsfähig zu erreichen, muss notwendigerweise Auflösung in wirtschaftlichen Fragen geschaffen werden, nicht wie es leider geschieht, nur mit politischen Phrasen operieren. Außerdem ist der Wirkungsbereich eines Betriebs- oder Revierrats viel zu eng, um die Sozialisierung auch wirklich erfolgsversprechend in Angriff nehmen zu können. Das kann nur von zentraler Stelle aus erfolgen, die das ganze in Betracht kommende Gebiet erfasst.

Auf der Tagung wurde berichtet, dass in den vertretenen Betrieben innerer wieder Rente einztreten, welche keine Ahnung von den Pflichten des Betriebsrates hätten. Das wird zutreffen, die Konferenz hat es bewiesen, um so mehr, weil ein einheitlicher Rätegedanke überhaupt noch nicht vorhanden ist. Selbst die hauptamtlichen Vertreter des "alten Rätestaates" sind sich noch nicht einig. Das hindert aber nicht in Halle einsatz — auch ohne Gesetz — etwas zu stillieren. Bekannt wurde, dass die vornehmste Aufgabe der revolutionären Betriebsräte die Vorbereitung der sozialen Revolution sei. Nun, die Zeit wird ja lehren, was vorbereitet ist, wenn man mit Verdrehungen, politischen Phrasen usw. das Räteleben in Unordnung bringt, um endlich zum Ziele, "für Diktatur des Proletariats", zu gelangen. Das Proletariat wird dann allerdings nichts zu sagen haben, deshalb sehr einige Wahlhelden.

Rum haben wir im Februar in Magdeburg Betriebsräte, welche ihr möglichstes in Erfüllung der Arbeiterschaftszeit haben. Aber nun war eben doch nicht angetreten. Die Unzertrennlichen haben, ergeben allerlei Beschwörungen. Vielleicht gerade deshalb, weil dieser Betriebsrat mit den Gewerkschaften arbeitete, das war nach Ansicht mancher ein Fehler; andre glaubten, dieses als vorläufiges Uebel hinnehmen zu sollen, bis die Zeit zum Handeln gekommen sei. Doch lassen wir den Bericht im "Holländischen Volksblatt" folgen:

### 3. am Konflikt in den Papierwerken.

#### Abstimmung über die Tätigkeit des Betriebsrates.

Unter Beifügung einer öffentlichen Bekanntmachung, die sich mit der Tätigkeit der hiesigen Betriebsräte der B. A. S. F. aus der bestehenden Räte befürwortet, über welche vor bereits berichtet, hat am Freitag und Samstag eine Abstimmung stattgefunden. Trotz einer großzügig angelegten Bekämpfung gegen den Betriebsrat hat die Delegiertenstimme folgt entschieden:

#### Böhmische Industrie- und Sozialrat:

Abgegebene Stimmen	5912
Für den Betriebsrat	3496 = 60,6 %
Gegen den Betriebsrat	2271 = 39,4 %
Stimmenthaltungen und ungültig	145

#### Für die brennenden Fragen:

Abgegebene Stimmen	4637
Für den Betriebsrat	2844 = 60 %
Gegen den Betriebsrat	1747 = 40 %
Stimmenthaltungen und ungültig	106

Die an der Bekanntmachung der beschäftigten Freiliegenden Stimmen sind auf Jugendliche unter 18 Jahren, Frauen und Senioren zusammengestellt, es ist daher anzunehmen, dass fast alle beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer an der Abstimmung teilgenommen haben.

Die Konkurrenz der letzten Woche habe' den Rücken der letzten Arbeiterschaft mehrere Parteien nach Süden vertrieben; mit Einsicht kann der Betriebsrat bis jetzt Aussicht dieser Parteien nicht gewinnen, das ist die Arbeiterschaft selbst unter ihrem Betriebsrat steht, wenn es dies anders.

Es müssen sehr gut, dass sehr viele der gelesenen Briefe verdeckt gehalten sind, jedoch nicht eine aus Mangel an dem erforderlichen Verständnis für solche Fragen, sondern aus ganz anderen und dem allgemein bekannten Gründen. Die soziale Arbeiterschaft ist sicher den Beweis erbracht, dass der größte Teil der Bevölkerung nicht nur die Rätebefreiung der Arbeiterschaft bis zum heutigen Tage keine Rücksicht gesetzt werden kann, dass zur Errichtung nicht der Arbeiterschaft der Räteaufbau des gesamten Proletariats eingesetzt ist.

Ein sehr interessanter Punkt bringt der Arbeiterschaftsrat hier: Der Betriebsrat steht es — viele der Arbeiter lehnen dies nicht —, sich nicht zu jeder Rätebefreiung und Arbeiterschaftszeit äußern zu dürfen.

Sie glauben, die Rätebefreiung darf nur genau zu kennen, um zu wissen, dass mancher im Rahmen, obwohl gut, I. E. B. geführt, noch lange nicht mit den geprägten Ergebnissen aus. Gute Einvernehmen ist.

Die Arbeiter werden ja leider wenig Spuren fliegen werden wie die Arbeitgeber, wenn sie diese Rätebefreiung nicht weiter befürworten. Gehen sie den unternehmensnahen Elementen gegen den Berg, dann kommen die gewöhnlichen Arbeiter nicht aus, das ist kein Segen wie die Arbeitgeber zu ziehen.

Gehen sie und politisch — völlig; auch unternehmensnah, wenn man die Räte nicht aufzugeben. Es würde natürlich zum Erfolg in Halle führen.

Der Delegierte legt sich vor dem Schreien losen, dass Sicherstellung einer fairen Rätebefreiung der Arbeiterschaft bezüglich dem Räteaufbau oder Rätebefreiung, möglicherweise sie soll nun als Ende oder nichts was uns jenseitig betrifft. Die Delegierten haben den Rücken. Diesen Standpunkt ist dieser Gruppe zu gern gegeben, wenn sie auf der Rätebefreiung zu verzweifeln.

So, dass Räteaufbau der Rätebefreiung. Am 22. und 23. August tagten in Halle die sogenannten Bezirks-, Volks-, Beamten- und sonstigen Räte, von denen u. u. folgende Erklärung in die Welt geht: "Arbeitende Männer und Frauen in Fabrik und Werkstatt, in Stadt und Land, wählen überall eine eigene Kraft Betriebsräte, da das Gesetz auch keine bringt."

Schließt sie an Betriebsräten den Produktionszweige zusammen. Darauf beruft die Generalratte sie die Produktionszweige auf, aus denen der Betriebswirtschaftsrat hervorgeht.

Schafft Zusammenschlüsse der Betriebsgruppenräte zu Betriebswirtschaftsräten für abhängige Betriebszweige.

Organisiert den Widerstand gegen das Betriebsratsgesetz, das nur der Zeitschein des Rätelebens ist.

Sammelt euch zu einem fortgesetzten Kampf um das wirkliche Rätesystem des Sozialismus.

Vereidet den Massenkampf für euren einheitlichen, selbstständigen Räteaufbau vor."

Wieder das alte Bild. Unwahrhaftigkeit, Schwund, Vergehung der Arbeiter, und wenn die Folgen eintreten, dann — wird alles den anderen in die Schuhe geschoben. Werkt ihr's, Kollegen? Erst der Betriebsrat — alle für ihn ohne Unterschied der Ansichten — dann die Generalstelle des Betriebsräte: dasselbe Demagogie. Und dafür soll die Arbeiterschaft noch 10 Pf. pro Woche hergeben, womit man politische Zielen nachgehen, die gewerkschaftliche Organisation — eine Stärke — aber zerstreuen will. Deshalb keinen Groschen dieser Sache. Alles vielmehr mit und durch die gewerkschaftliche Organisation den Verband.

### Papier-Industrie \*\*\*

#### Brüder?

Um auf wirtschaftlichem Gebiete ein erfolgreiches Zusammensetzen mit den übrigen Gewerkschaftsrichtungen zu ermöglichen, treten die freien Gewerkschaften auch mit den Verbänden der örtlichen und hirzö-Dürschenen Gewerkschaften zu einer Arbeitergemeinschaft zusammen, von der man zwar noch lange keine Aufgabe der gegenwärtigen Anfängen, aber immerhin ein gemeinsam, Miteinanderarbeiten zu erzielen. Diese gemeinsame Zusammenarbeit in allen wirtschaftlichen Arbeiterschaften sollte der Arbeiterschaft in ihrer Allgemeinheit nicht nur wesentliche Vorteile bringen, sondern auch den Beweis liefern, dass über allen politischen und religiösen Unterschieden der einzelnen Arbeiter die Einigkeit in wirtschaftlichen Fragen möglich ist, und eigentlich gar kein wesentlicher Grund bestünde, die organisatorische Spaltung der Arbeiter in Wirtschaftsfragen aufrecht zu erhalten. Damit hätte die Arbeiterschaft nur das erreicht, was im Lager der Unternehmer schon immer deren Organisationen die innere Stärke gab, die sich nach außen durch eine geschlossene Front im Wirtschaftskampfe auszeichnete. Bis heute hat es im Lager der Unternehmer noch keine Kampfsorganisationen gegeben, in denen die Mitglieder nach politischen oder religiösen Ansichten gereiht wurden. Dagegen wurde im Lager der Arbeiterschaft durch die religiöse und politische Versplitterung in den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen die Stärke der Arbeiterschaften geschwächt, zum Schaden der Gesamtarbeiterchaft und späterlich nicht zum Nachteil der Unternehmer. Diese so dringend nötige Stärke der organisierten Arbeiterschaft im Wirtschaftskampf sollte herbeigesetzt werden durch ein gemeinsames, Zusammenarbeiten der drei bestehenden Gewerkschaftsrichtungen innerhalb unseres Industriezweiges.

Gleich nach Ausbruch der Revolution hatte es auch den Anschein, als ob wirklich die bis dahin stets aufstrebenden Kleinräte, die teilweise zu Pressefeinden ansahen, begraben sein sollten. Der ehrliche Wille dazu mag bei den Führern der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen auch vorhanden gewesen sein, bei der Mehrheit derer vielleicht heute noch erfüllt ist, aber nicht im Lager der Unternehmer noch immer deren Organisationen die innere Stärke noch möglich ist, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeit und ihre Vertreter nicht allein zu bestimmen haben, sondern weil die Unternehmer auch mitreden und die Forderungen der Arbeiter möglich niederschalten wollen. Das ist nun einmal der Gang aller Vorbereihungen, unter der "Sozi" loszugehen zu können, selbstverständlich mir geheim unter der "verdeckten" Freundschaftsmaße. "Der Vertrag bringt leider nicht alles, was wir und unsere Kollegen alles gewünscht haben." Als ob es überhaupt schon einmal einen Lohnvertrag gegeben hätte, in dem die Wünsche der Betriebsräte restlos erfüllt werden könnten! Solche Verträge gibt es nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiter und ihre Vertreter nicht allein zu bestimmen haben, sondern weil die Unternehmer auch mitreden und die Forderungen der Arbeiter möglich niederschalten wollen. Das ist nun einmal der Gang aller Vorbereihungen. Dabei kann es natürlich vorkommen, dass einige recht ungünstige Lohnabstufungen als ein Bleigewicht bei den Tarifverhandlungen empfunden werden und die Verhandlungen auf breiter Grundlage hemmen. Derartige Abschlüsse, die gewiss nicht immer im Willen des vertraglich bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können, dass der Wille des vertraglich bestehenden Gewerkschaftsverbands liegen, sondern aus den beim Abzug bestehenden örtlichen Wirtschaftsverbänden herführen, lagen auch bei den württembergischen Gruppentarifverhandlungen vor. Herr Kuhn hatte nämlich einige Tage vor den Gruppentarifverhandlungen mit einige Papierfabriken im Württemberg vertragliche Stundenlöhne von 1,20 M. festgelegt, während von uns 1,40 M. verlangt wurde. Dieser Vertragsabschluss bot den Unternehmern selbstverständlich eine gute Handhabe, um nachzuweisen zu können

und viele. Das kann natürlich dann Grunde für keine Organisation nicht zu sein, wenn ihr Leben und Wohlstand der Arbeitsgemeinschaft auf dem sozialen Gebiete und dem inneren Leben genommen wird. Und hoffen wir, daß der Centralverein des Deutschen Arbeitgeberverbandes in diesem Falle einzutreten und nicht nur die Arbeitnehmerrechte zu schützen. 1912 haben die Betriebe, um diesen Betrieb herzustellen, mit den übrigen Organisationen zusammengearbeitet und haben von den leitenden Stellen aus jeden Übergriff auf uns sicher gestoppt. Sollten die Fabrikanten Agitationstechniken über fortgesetzt oder gar weiter ausüben werden, dann müssen wir ein weiteres Zusammenkommen öffnen. Die Arbeitnehmerkraft mag dann entscheiden, wer die Schuld an den kommenden Kampfen trägt.

G. St.

## Capeten-Industrie

Um der Tapetenindustrie beizutreten zur Zeit 46 Betriebe, von denen 43 beschäftigt sind. Bei zwei Betrieben, die hauptsächlich Delbrücktapeten hergestellt haben, fehlen die notwendigen Rohmaterialien. Ein Betrieb, der neu hinzugekommen ist, wird erst eingerichtet. Von den 43 beschäftigten Betrieben haben 35 bis jetzt die getocherte Ortsklasse befähiggegeben. Es sind dies für die erste Ortsklasse: die 4 Betriebe in Berlin, 1 in Hamburg, 2 in Köln. Die zweite Ortsklasse haben gewählt: Bremen, Bielefeld, Bonn, Cottbus, Düsseldorf, Dresden, Düsseldorf, Hennighausen, Leipzig, Lüneburg, Magdeburg, Oldesloe und Böhlendorf. Die dritte Ortsklasse: Hamminkeln, Grenzach, Hamminkeln, Hildesheim, Langenhausen, Lüdinghausen und Würzburg. Die vierte Ortsklasse: Braunschweig, Bielefeld, Gimbeld und Korbach.

Von diesen 35 Betrieben zählen 15 Betriebe mehr Lohn, als die Ortsklasse vorschreibt, während die übrigen Betriebe sich auf das Mindestlohn der betreffenden Ortsklasse beschränken. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn in mehreren Betrieben das Verlangen nach Leistungszusage auftritt und von den in Frage kommenden Betriebsleitungen zum Teil auch bestillt wurde. Von unsrer Vertretung, welche der Tarifverhandlung mit beigewohnt haben, wurde ausdrücklich betont, daß es sich nur um Mindest- oder Einstellungslohn handeln könne. Dies wurde auch von den Vertretern der Arbeitgeber ohne weiteres zugegeben und bestätigt, daß sie bisher hinsichtlich Arbeit jederzeit besser entlohnen wollten, nur sollte dies nicht krisisch festgelegt werden.

Wie es nun aber in Wirklichkeit aussieht, kann man an den Verhalten unsrer Kollegen in mehreren Betrieben ersehen. Es werden Forderungen eingereicht, und die Unternehmer lehnen diese ab mit der Begründung, daß der Reichstarif die Löhne geregelt hätte. Ferner könne der einzelne Betrieb die Kohlenmangel nicht tragen u. a. m. Wie es nun aber hiermit aussieht, zeigt uns ein Artikel der "Tapeke", welcher sich mit der Lage der Tapetenindustrie beschäftigt. Dem Artikel liegen zunächst drei Berichte des Reichsarbeitsblattes zugrunde, die sich ausnahmslos günstig über den Geschäftsgang der Tapetenindustrie aussprechen. Gelingt wird nicht, sondern es wird gewissermaßen nur betont, daß die Lebhaftigkeit der Nachfrage eine verschiedene war. Aus der Praxis ist aber bekannt, daß viele Fabrikanten weitere Aufträge gar nicht anzunehmen vermögen, da sie kaum imstande sind, die vorliegenden Bestellungen abzuwickeln.

Über die Tapetenfabrik Hamminkeln wird geschrieben, daß sie 8 Prozent Überschüsse auszahlen könne gegen 4 Prozent im Vorjahr. Dabei sind reichliche Garantiestellungen erfolgt, wie man überhaupt eine sorgfältige Bilanz gezogen zu haben scheint, denn der Reingewinn betrug rund 230 000 Mtl., was also beinahe viermal so groß als im Vorjahr. Man wird hieraus auch auf die Brabatoren schließen dürfen, die, weil sie sich im persönlichen Besitz befinden, ihre Bilanzen nicht zu veröffentlichen brauchen. Hört man dagegen die Plägen der Fabrikanten bei den Tarifverhandlungen, wo einzelne Herren erklären, daß sie geschwungen seien, in sechs Monaten den Betrieb zu schließen, wenn sie die hohen Löhne bezahlt müßten, so hätte man solche Refuslate nicht erwartet. Es ist deshalb auch begreiflich, daß aus den Reihen unsrer Kollegen verlangt wird, daß der Tarif gelindert und für Abschluß eines besseren Sorge getragen wird. Die Neumaufstellung des Tarifes soll auf breiterer Grundlage geschehen, und es wird deshalb von einzelnen Zahlstellen eine Reichskonferenz der Tapetenindustrie verlangt, auf der jeder Betrieb vertreten sein soll. Das Verlangen der Kollegen kommt unserm Wunsche auf Arbeit beim Aufbau des Tarifes entgegen. Auf diese Weise trägt ein größerer Kollegentross die Verantwortung. Hoffen wir, daß für die gesamte Kollegenschaft Erfolgsaussicht geschaffen wird.

L. Ph.

## Keramische Industrie

### Konferenz für die keramische Industrie im Gau 6 (Schlesien).

Am Sonntag, dem 31. August, tagte im Gewerkschaftshaus in Breslau eine Konferenz der in Ziegelerien, in der Schamotte- und Steingutindustrie Beschäftigten. Gauleiter Kollege Thiemer eröffnete 9½ Uhr vormittags die Konferenz. Als Vorsitzende wurden die Kollegen Thiemer und Großmann, zu Schießstättern Bunde und Hellmann bestimmt. Anwesend waren 75 Kollegen, und zwar 1 Vertreter des Hauptvorstandes, 2 Gauleiter und 2 Geschäftsführer, 14 Geschäftsführer, 9 Betriebsleiter, 20 Kollegen aus der Regelindustrie und 25 Kollegen aus der Schamotte- und Steingutindustrie. Ihre Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Aktion und Organisation in der keramischen Industrie; 2. Stellungnahme zu den Sohn- und Arbeitsbedingungen dieser Industriegruppe; 3. Allgemeines.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Vertreter des Hauptvorstandes und Aktionsteilnehmer der keramischen Industrie Kollege Berg (Hannover). Er stellte eingehend die Entwicklung der Organisation seit der Zeit der Revolution. Aufgrund des jetzt bestehenden neuen geschäftlichen Verhältnisses und der Entwicklung jüngster Zeiten, sei ein großer Umfang anfangen der Organisation eingetreten. Scharen von Kollegen und Kolleginnen, die in unserer Sicht jedoch für die Organisation zu gewinnen waren, strömten nun in die Organisation und so gefüllte sich dann auch die Revolution zu einer Organisationsrevolution. Die Anhänger rückten nach und hatten alle Hände voll zu tun, um der am sie gestellten Anforderungen Herr zu werden. Wo wir nicht gleich zur Stelle sein konnten, versuchten die "Geschäftlichen" zu führen. Sieger, die früher mit allem zufrieden waren und sich zu unserem Verdienst ausreichend gebogen hatten, ging es nun mit dem Krieg nicht ähnlich gern. So haben wir dazu auch die Tatsache zu beobachten, daß manchmal unerhörte Ressentimente, gefüllt durch das Aufsetzen unerlaubter Elemente, für den wohlgemeinten Kult einer seit Jahrzehnten tüchtiger und erfahrener Angestellten nicht das rechte Verständnis zeigten. Gibt es doch Elemente, die sogar mit den Barren arbeiten? Feder mit den Geschäftlichen? Wären nun über bei Ausbruch der Revolution die gut ausgebildeten Gewerkschaften nicht vorhanden gewesen, so wäre zweifellos unter Arbeitnehmern zerstört worden. Wie wäre es mit dem Lohn — worden ohne Organisation? Da bräuchten wir nur

in die Gehaltszulagen zu gehen, wo noch keine Organisation vorhanden war. Bei der Revolution im Jahre 1848 haben die Münchner zwar Opfer gebracht, aber wenig Vorbelle erkannt. Die gewölbigen Fäuste, die bisher gehalten worden sind, bedeuten mir einzig und allein der Organisation. Sie kann mir aus dem Elend heraus. Durch einen Tarif mit einem wichtigen Arbeitgeberverband ist es vornehmlich in einem Moment alles so zu erhalten, wie es benötigt ist. Freuden und Freuden haben mir zum Teil erfüllt, aber die Gewerkschaften fehlt noch. Ist es doch vorauszusehen, daß auch Arbeitnehmer und Gewerkschaften in das Gewerbe geschäftlicher Tätigkeit eingehen. Überhaupt kann auch ein Ansatz von einem Arbeiterschlaf und Orlitz (Oberschlesien), der die Gewerkschaft der "keramischen Industrie" zu einer Konferenz einzieht. Mit Sonderabstimmung ist jedoch der Arbeiterschlaf nicht gestattet. Die bestimme Richtung für diese Branche ist der Arbeiterschlaf, der schon in der Ziegelindustrie gemacht ist, die Länge der Arbeitstätigkeit zu haben. Die Revolution hat uns zwar die Freiheit gebracht, aber eine Freiheit der Verschließung liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft. "Gewerkschaft" ist die Parole! Daher sollte mir dem Geist der Verschließung endlich aufgeraut werden, denn einheitlich sei unser Los. unter Sorgen und unsrer Schicksal. Zur Förderung einer lädenlosen Organisation sei notwendig: Ausbau des Verbrauchsmänner-Systems in den Betrieben; Kontrolle bei Neuinvestitionen. Die Betriebsräte sind auch hierzu ein Mittel. Auch beständige Werbungen dürfen sich empfehlen. Gauleiter Kollege Thiemer berichtet nun über das Organisationsverständnis in der "keramischen Branche". Wir haben gute Fortschritte zu verzeichnen, die "Gau-Dunkelschädel" stehen dabei entsprechend, die "christlichen" haben nur in einigen Betrieben, zu einem winzigen Teil, Eingang gefunden; auch die volkstümliche Betriebsorganisation sei mit einigen Männer zu finden. Das auch andere Eingang gefunden, das beweist, daß nicht überall die Betriebsräte und dem Posten gewesen sind.

Werner Berndt, der hierüber berichtet, hat mehrere Arbeitsergebnisse in der "keramischen Branche". Wir haben gute Fortschritte zu verzeichnen, die "Gau-Dunkelschädel" stehen dabei entsprechend, die "christlichen" haben nur in einigen Betrieben, zu einem winzigen Teil, Eingang gefunden; auch die volkstümliche Betriebsorganisation sei mit einigen Männer zu finden. Das auch andere Eingang gefunden, das beweist, daß nicht überall die Betriebsräte und dem Posten gewesen sind.

Gauleiter Kollege Thiemer berichtet nun über das Organisationsverständnis in der "keramischen Branche". Wir haben gute Fortschritte zu verzeichnen, die "Gau-Dunkelschädel" stehen dabei entsprechend, die "christlichen" haben nur in einigen Betrieben, zu einem winzigen Teil, Eingang gefunden; auch die volkstümliche Betriebsorganisation sei mit einigen Männer zu finden. Das auch andere Eingang gefunden, das beweist, daß nicht überall die Betriebsräte und dem Posten gewesen sind.

Werner Berndt, der hierüber berichtet, hat mehrere Arbeitsergebnisse in der "keramischen Branche".

Bum. 2. Punkt der Tagesordnung referierte Gauleiter Kollege Thiemer. Er streift zunächst die Organisation und das Tarifwesen vor dem Kriege. Durch die Arbeitsgemeinschaften sei zweifellos das Tarifwesen erheblich gefördert worden. Zug der benachbarten Zeit sei manches sehr langsam vorwärts gegangen. So habe beispielweise eine vierjährige Verhandlung mit dem "Schlesischen Ziegelverbund" zu keinem Resultat geführt. Auch das Organisationsverständnis der Arbeitgeber, besonders in der Ziegelindustrie, sei noch weit geschlossen geblieben. Eine große Anzahl von Ziegelerien sind stillegelegt oder durch Kohlemangel eingeschränkt. Redner kritisiert verschiedene Mängel der abgeschlossenen Tarife sowie die Durchsetzung des abgeschlossenen Arbeitstages. Durch das Zugeständnis an die Ziegelerien, über 8 Stunden arbeiten zu dürfen, kommt schließlich eine Industriegruppe nach der anderen mit dem Verlangen nach längerer Arbeitzeit. Die Arbeitszeit werden wir vorläufig noch beibehalten müssen, aber es müssen wir die Lohnsätze ausgetragen werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit könnte nur im Einverständnis mit der Arbeiterschaft in den Betrieben zur Anwendung kommen. Von der Praxis gebe es auch zum Teil noch sehr niedrige Löhne. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die am 31. August 1919 in Breslau im Gewerkschaftshaus versammelten Delegierten der Arbeiterschaft der "keramischen Branche" (Ziegelerien, Tonrohren- und Steinzeugindustrie) fordern einstimmig, daß die Unternehmer, deren Betriebe durch Kohlemangel eingeschränkt oder zeitweise eingefroren werden, den organisierten Arbeitern und Arbeiterrinnen 50 Prozent des eingeschlagenen Lohnes als Entschädigung bereügen. Auch hoffen sie eine lobhafte Aussprache der Delegierten, die über Erhöhungen, Verbesserungen und Wünsche aus ihrem Wirkungsbereich berichten. Kollege Berg berprägt die einzelnen Positionen des Tarifwesens zum Reichstarif. Das Ergebnis der Verhandlungen soll den Mitgliedern zur Entscheidung vorgelegt werden. Infolge ungünstiger Zugverbindungen war ein Teil der Delegierten gezwungen, zeitig abzureisen und mußte die Debatte abgebrochen werden. Kollege Grohmann stellt die Beurteilung darin, wichtig für theoretische Konferenzen zwei Tage vorzuhaben, da ein Tag unzureichend sei. Das Wichtigste der Organisation sei erfreulich und es wird eine der nächsten Aufgaben sein, den Reichstag durch Aufführungssatz zu festigen. Mit der Aufforderung, weiter für die Stärkung der Organisation tätig zu sein, schloß der Vorsitzende um 6½ Uhr die Konferenz.

## Verschiedene Industrien

### Konferenz für die Oelindustrie.

Am 31. August tagte im "Gewerkschaftshause" in Hannover eine Konferenz der in der Oelindustrie beschäftigten Arbeiterschaft. Anwesend waren 24 Kollegen aus 20 Orten, 5 Vertreter des Hauptvorstandes, 3 Gauleiter und Kollege Adler (Hamburg) als Vertreter der Verhandlungskommission. Unter den Delegierten befanden sich gleichfalls drei Kollegen, die dieser Kommission angehören. Die Konferenz hatte zwei Tagesordnungspunkte zu erledigen. Zu

Punkt 1 "Die Lage der deutschen Oelindustrie vor und nach dem Kriege" eröffnete Kollege Saal ein Referat. Er hob hervor, daß die Oelindustrie durch den Krieg schwer getroffen worden, da sie bei

Bezug ihrer Rohstoffe vorwiegend auf das Ausland angewiesen sei.

Zum Jahre 1913 haben wir 1 750 000 Tonnen Oelfructe für 537 501 000 Mark eingeführt. Selbst erzeigt haben wir im gleichen Jahre 40 000 Tonnen Oelfact. Insgesamt wurden uns diesen 1 190 000 Tonnen Rohprodukte 635 000 Tonnen Oele und Fette erzeugt. Eine Reihe von Betrieben liegt heute ganz oder teilweise still, während anderseits eine große Zahl von Kleinbetrieben entstanden ist. Gegenwärtig wird viel Öl aus dem Auslande eingeführt. Unter Hinweis auf die bei uns bestehenden hohen Löhne wird sogar behauptet, daß eingeführtes Öl sei billiger, als wenn wir es selbst aus Rohprodukten herstellen würden. Hinter diese Behauptung ist ein großes Fragezeichen zu setzen. Aber selbst wenn sie zutrifft, müßten wir dennoch streben, statt fertige Oele, Oelfructe einzuführen. Erstens einmal, um unsere Arbeiter zu befriedigen, zweitens, um die Oelfructen als wertvolles Viehfutter zu bekommen und drittens, um unsre Produkte zu verbessern. Sonst laufen wir Gefahr, daß Fertigprodukte, Menschen exportieren zu müssen. Eine ganze Reihe anderer für unsre Organisation zuständige Industriezweige brauchen dringend Oele und Fette, so die Seifen-, die Kerzen- und die Einhornindustrie. Die Praxis der Kriegszeitstelle kann uns nicht befriedigen. Wir verlangen deren Umgestaltung resp. Erziehung durch eine Arbeitsgemeinschaft, in der wir partizipativ vertreten sind. Wir werden mit einem entsprechenden Antrag an das Reichsverschaffungsministerium herantritt.

In der anschließenden Diskussion berichten die Delegierten, daß viele Delegierte heute noch stilllagen. In manchen Betrieben war bis jetzt der 6-Stundenstag und entsprechend niedrigerer Betrieb der Arbeiter noch üblich. In den deutschen Gewerken des Reichslandes herrsche Arbeiterschmälerung in den Betrieben, so daß Holländer herangezogen werden müssen, während im übrigen Reichsland Arbeiterschmälerung zu verzeichnen sei. Allerdings kommt in Betracht, daß die Holländer an der Grenze wohnen, dagegen wohnen Deutsche, die jetzt von auswärts herangeführten männlichen Personen, ein Bericht ist nicht möglich. Es wird gut sein, wenn diese Angelegenheit unter Zusicherung der offiziellen Organisationsleitung geregelt wird. D. S. Kollege Krebs leitet an einer

Mengen zu bekommen. Ich hierin nicht abschuldig Besserung ein, ja sei zu befürchten, daß die während des Krieges erweiterte englische Oelindustrie und die in den englischen Kolonien angelegten Oelindustrien uns überflügeln. In einer Entscheidung wurde zum Ausdruck gebracht: Die Konferenz ist heute noch gegen den freien Handel, aber für den Absatz der Kriegswirtschaft, denn wir sind, wie Kollege Breit hervorhebt, nicht nur Arbeiter, sondern auch Konsumenten. Verlangt wird Schaffung einer partizipativen Arbeitsgemeinschaft, welche die Tätigkeit des Reichsverschaffungs für Fette und Fette übernehmen soll.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtet Kollege Adler (Hamburg) über die Tätigkeit der aus der Konferenz vom 12. und 13. Juni 1919 in Hannover hervorgegangenen Verhandlungskommission. Es soll ein Rahmenkontrakt geschlossen werden. In den Tarif wollen wir die Handwerker und die Heizer und Maschinisten nicht mit einbezogen. Der ausgearbeitete Tarifentwurf ist den Arbeitgebern zugegangen, die uns einen Gegenentwurf unterbreitet haben, der jedoch eine Verschließung für die Arbeiterschaft mancher Betriebe bedeutet würde, wo wir längst bessere Verhältnisse haben, als der Gegenentwurf sie vorschreibt. Bei den bereits stattgefundenen Verhandlungen am 6. und 7. August wurden noch eine Reihe anderer geplanter Verschließungen abgewehrt, so bezüglich des Überstundentarifens, des Arbeitertarifes usw. Die Frage, ob in Zukunft in kombinierten Kreide- und Delitzschien unsre Organisation oder der Brauerei- und Delitzschener Tarif abschließen soll, wird vom Schlichtungsausschuß entschieden werden. Geplant wurde schließlich dem Vorschlag, einen Tarif mit Orts- und Alters-Vollklassen zu schaffen. Für die Vollklassen sollen alle Gruppen vorgesehen werden. Als Vollarbeiter sollen alle 18-jährigen gelten. Für Werkwohnungen dürfen nur freie Mietverträge, unabhängig vom Arbeitsvertrag, zum Abschluß kommen. Die Lohnzahlung soll bei Arbeitsabschluß erfolgen. Für besonders gefährliche oder gesundheitsschädliche Arbeiten können durch besondere Vereinbarung höhere Löhne vorgesehen werden. Die Verhandlungskommission hat den Auftrag, die Verhandlungen abschließend zu Ende zu führen.

Hörberg a. d. Elbe. Opfer der Arbeit. Wie bereits in der vorigen Runde des "Proletariers" kurz berichtet, kam es am 27. August, abends zwischen 11 und 12 Uhr, bei der Firma "K. Thiel, Vereinigte Delphärier", Abteilung "Bitziale", zu einer gewaltigen Explosion. Als Explosionsherd ist die Betriebsabteilung "Extraktion" anzusehen. Man kann wohl annehmen, daß das Unglück auf einen Verbrauch des Extraktionsapparates zurückzuführen ist. In der Extraktion werden die Delphäne noch eingeschüttet, um den Lebendruck zu erhöhen. Die Gewinnung geschieht bekanntlich durch Ventil. Da nun aber feste Körper sind wie Kohle gebogen; ein neuer Schuppen ist vollständig zerstört. Die Betriebsbehälter liegen übereinander und die Delphäne wurden ineinandergejagt. Das Fabrikgebäude bietet mit seinen unentwirrbaren Trümmern ein wüstes Bild, die Mauern der beschädigten Gebäude sind gebrochen, aber meist wiederhergestellt sind die Extraktionshöfe. Was die Explosion nicht zerstört, verhindert der Brand, der am vorhandenen Speigel reiche Nahrung findet. Am schlimmsten ist aber, daß bei dem Unglücksfall 10 Kollegen den Tod gefunden haben. Einzelne Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Alle Leichen wurden am Tage nach dem Unglück geborgen werden die Kollegen Klemm, Krüger, Scheelheim, Petersen, Ewers, Kosahl, Betschow und die Kollegin Heymann. Noch nicht geborgen sind die Kollegen Brix, Brose und Biele, die noch unter den Trümmern liegen. Die Kollegin Brix liegt verendet im Krankenhaus. Ein Kollege war bis zum Hals in Sand versteckt, er konnte gerettet werden. Die eigentliche Ursache des Unglücks wird man wohl nicht ersehen können, da sie in Frage kommenden Kollegen nicht mehr am Leben sind, so daß man jetzt auf das Urteil des technischen Personals angewiesen ist. Die gründliche Fabrikation auf der Bitziale muss eingestellt werden, da alle betriebsrichtigen Einrichtungen fast vollständig zerstört sind. Hoffentlich wird von der Behörde alles getan werden, um die Ursache des Unglücks voll und ganz aufzuklären damit in Zukunft derartige Katastrophen verhindert werden können. Wir werden den auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallenen Kollegen und Kolleginnen ein dauerndes Andenken bewahren.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. In der Papier- und Pappe-Industrie Groß-Berlins ist es nun in Ausführung der Bestimmungen des Reichstarifes zu einem Lohnarbeitsablauf gekommen. In einer Konferenz mit der Gruppe Brandenburg des Arbeitgeberverbandes, in welchem die Löhne für den Bereich geregelt werden sollten, wurde beschlossen, die Regelung der Löhne für die Groß-Berliner Betriebe den beteiligten Kreisen selbst zu überlassen. Die Regelung ist nunrecht erfolgt. Groß-Berlin ist damit in die erste Ortsklasse eingereicht. Der Tarif wurde am 14. August abgeschlossen mit folgenden Tarifen: Altlaufgesellschaft für Papierfabrikation, Kraft u. Kran, R. Wigand und Böhrer u. Döpke. Die letztere Firma gehört dem Arbeitgeberverband nicht an, hat aber den Tarif als für sich verbindlich anerkannt. Kolleginnen und Kollegen! Ein erheblicher Teil der in dieser Industrie Beschäftigten hat bis zum Abschluß der Revolution gehandelt, die Organisation nicht nötig zu haben, oder hat seine Mitgliedschaft zu wiederholten Male neu eingetreten. Das darf nicht mehr sein! Nur durch unveränderbare Tiere zur Organisation ist es möglich, die Löhne und Arbeitsbedingungen in für uns günstigem Sinne festzulegen und zu befreien.

Berlin. Am 22. August hielt die Gruppe Papierindustrie im Gewerkschaftshaus ihre Mitgliederversammlung ab. Kollege Lüder hielt einen Vortrag über Tarifverträge, und sprach unter anderem aus: Unter Reichstarif wird von den meisten Kollegen falsch ausgelegt; sie sind der Meinung, daß sie nun ihr den im Tarif festgelegten Lohn erarbeiten müssen. Das ist nicht der Fall, denn der Tarif sieht nur den Mindestlohn vor, den die Firma an Rentenversicherung zu zahlen hat. Nach oben sind keine Grenzen gesetzt, nur nach unten. Es haben ja sehr viele Kollegen unser Tarif genehmigt und obhaft kritisiert. Sollten sich aber Unternehmen weigern, nach dem Tarif zu entschließen, so sind die Kollegen verpflichtet, den Betriebsausschuß zu befragen, daß sich der Tarif mit dem Betriebsleiter in Verbindung setzt und so dort aus die Angelegenheit geregelt wird. Auf jedem Fall können die Kollegen auf den Vertrag reagieren. Ja der Diskussion äußerten mehrere Kollegen, daß sie infolge der teuren Lebensmittel und den hohen Preis für die Arbeitnehmer nicht mehr arbeiten können, als sie gern möchten, daß der Tarif darum schuld sei und sie mit dem niedrigen Tariflohn nicht auskommen würden. Das liegt ja nun wieder an den Kollegen selbst. Kollegen, welche schon ein halbes Menschenalter in einem Betrieb beschäftigt sind, können ebenfalls mehr als dem Mindestlohn verlangen. Nach wurde befürchtet, daß in einem Betrieb bisherige die Freiheit beobachtet werden, und jetzt auch Salzabreissen des Tarifes weigert sich die Firma dessen. Dadurch verhindert aber der Chef gegen den Tarif, denn dieser besagt: "Beringung einer höheren Lohnsätze sowie Verschließung der bisher bestehenden Arbeitsbedingungen dürfen nicht eingetragen." Unter "Bestiefelementen" stellt ein Kollege die Firma, die sich in seinem Betrieb die Kollegen befreit des Tarifes zu verhüten haben. Die Firma kann jetzt nur die Zeit hierfür beobachten. Das dürfen wir auf keinen Fall annehmen, denn die Firma hat zur Geschäftung. Bei einer Änderung würden wir gegen den Tarif verfahren. Die Firma sind nach beiderseitiger Vereinbarung möglichst rasch zu schließen. Die Firma ist nicht eingängig. Es wird gut sein, wenn diese Angelegenheit unter Zusicherung der offiziellen Organisationsleitung geregelt wird. D. S. Kollege Krebs leitet an einer

gut es ist, wenn die Kollegen einig sind. Bei einer hiesigen Firma wurde der Ausschank bestimmt, bei der Firma betrifft Lohn erhöhung vorgesehen. Sie hatten auch Erfolg, denn jetzt erhalten dort die Männer und Frauenfischer statt 2,15 Mark laut Tarif 2,65 Mark Stundenlohn und die Kinder statt 1,80 Mark jetzt 2,20 Mark. Auch die Arbeitnehmer bekommen statt 1,20 Mark jetzt 1,40 Mark pro Stunde. Was bei den jüngsten Hochpunktur bei einer Firma durch geschlossenes Vorgehen möglich ist, kann auch auswärts möglich sein. Einigkeit macht stark, während die Dauerstreitereien einzelner nur schadet. Das Prinzip wesen oder soziale Regelmässigkeit von Seiten der Firma ist ebenfalls zu verteidigen. Wir wollen keine Trinkelber, sondern fordern aufständige Löhne. Halten wir treu zum Verbande, dann werden wir allmählich bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse bekommen, als sie bisher waren. Die Lohnverbesserung stand immer an letzter Stelle. Das soll und wird aber nunmehr durch Einigkeit anders werden.

Burgau. Der Streit der Siegersdorfer Werke ist beendet mit Erfolg für die Arbeiterschaft. Dieser Betrieb war bis jetzt der schlechteste in Bezug auf Lohn, denn es wurden Löhne von 67 bis 83 Pf. bei Alltagsarbeit gezahlt. Die Direktion hatte es bis jetzt verstanden, die an ihre Scholle gesetzten Arbeiter mit derartig niedrigen Löhnen festzuhalten und auch die Organisation aus dem Betriebe zu bannen. Durch zielbewusste Arbeit einiger Kollegen war es möglich, nach der Revolution die geforderte Arbeiterschaft der Organisation zuzuführen. Nun ist unter Verband als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt. Niemals wäre es möglich gewesen für eine Arbeiterschaft wie die Siegersdorfer, irgend einen Erfolg ohne Organisation zu erzielen. Leider gibt es noch verbleibende Betriebe, wo die Arbeiter den Organisationsgedanken nicht voll und ganz erfasst haben, aber sie sollten sich an den Siegersdorfer Werken ein Beispiel nehmen, das nur durch den Zusammenschluss ein voller Erfolg möglich ist. Auch Niederschlesien muss auf diesem Gebiete vorwärts gebracht werden, und dazu gehört vor allen Dingen der Landkreis Gutsloh. Darum, schließt euch zusammen im Verband der Fabrikarbeiter und schafft dadurch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Offenburg. Die Löhne bei der Firma H. Döhl, hier, können nur als miserabel bezeichnet werden. Arbeitnehmer bis zu 21 Jahren erhalten einen Hungerlohn von 22 bis 25 Pf. Arbeiter über 21 Jahr bekommen 60 bis 90 Pf. pro Stunde. Dazu besitzt der Betriebsleiter Kaufmann noch den Mut, den Leuten mitunter den Lohn für eine bis zwei Stunden abzuziehen, falls der Arbeit nicht ausreicht, oder er gefährdet sich die geistreiche Bemerkung, geht nach Hause und legt auch ins Bett. Das ist noch ganz der alte Geist, aber kein guter. Bei dieser Firma sieht es wirklich nicht so aus, als hätte sie die Revolution miterlebt. Vielleicht braucht sie noch extra eine solche.

Oldisleben. Am 30. August war hier eine Fabrikarbeiterversammlung einberufen, wo ein Agitator von der Bergarbeiter-Union reden sollte. Da dieser Arbeiterzerrüttter nicht erschienen war, machte Kollege Gutjahr den Vortrag, unser anwesenden Kollegen Gutjahr vom Gewerkschaft zu Tariffragen und Feierlichkeiten reden zu lassen, damit die Versammlung nicht ungenutzt bliebe. Ein Herr Friedrich Löhne wandte sich gegen diesen Vorschlag, denn er hätte die Versammlung einberufen, da hätte kein anderer etwas zu melden, und die Anwesenden möchten das Lokal verlassen. Ein Besuch des Kollegen Gutjahr, die Arbeitnehmer der Rotenmajestät der Stellungnahme zu moralischen Fragen zu überzeugen, scheiterte, denn ein Dutzend Kommunisten erhoben ein Wahlmajestätsgesetz und drohten mit Täterschaften, so daß die Versammlung nicht tagen konnte. Von ihnen Mitgliedern waren nur wenige anwesend, die Mehrzahl war in richtiger Erkenntnis des schändlichen Beginnens des Herrn Löhne der Versammlung ferngeblieben, womit diesen Zerstörern die richtige Antwort erteilt ist. Wie möchten unsre Mitglieder an dieser Stelle erscheinen, auch in Zukunft die Versammlungen dieser Robarbeiter nicht zu befürchten, sondern vollzählig an unseren Mitgliederversammlungen teilzunehmen, wo wir in aller Sauflichkeit über die uns interessierenden Arbeits- und Lohnfragen beraten und befürchten können, zum Angen aller Kollegen. Sobei Verstärkung der Arbeiterschaft muss vermieden werden, wenn die Betriebsleistungen nicht wieder wie früher mit uns Arbeitern spielen sollen, wie es ihnen gefällt. Nicht hohe Preisen und Illusionen, auch nicht schamlose rohe Worte, sondern von Weise und Sachlichkeit getragene kollegiale Zusammenarbeit innerhalb unseres Verbandes wird uns Fabrikarbeiter nützen sein. Das, Kollegen, sagt Herr Löhne, wenn er wieder einmal versuchen sollte, einen Teil zwischen euch zu treiben.

Kottweil a. R. Der Mitgliederwechsel war in Kottweil immer ein sehr großer, denn Industrie ist keine hier außer der Fabrikarbeits, und diese ist zur Zeit beinahe lahmgelegt. Die Reaktion der Kollegen arbeitet deshalb ausserordentlich, besonders bei Kottweilerarbeiten. Für letztere haben wir seit März zwei Lohnbewegungen auf eigene Faust eingeführt. Wir erreichten für die Kollegen das etatual im Monat März eine Lohnverhöhung von 20 Pf. pro Stunde für Betriebsleiter und Zugehörige, in das der Lohn von 1 Mark auf 1,20 Mark und von 65 Pf. auf 85 Pf. erhöht wurde. Außerdem erhofften jetzt Arbeiter, welche nach der Arbeitszeit über 30 Minuten zu gehen haben, eine weitere Stunde bezahlt. Verhältnisse erhielten eine Förderung von 60 Pf. pro Tag.

Sollstedt-Meinerode. Am 21. und 25. August fanden hier Fabrikarbeiterversammlungen statt, wo zum Reichstag und dem letzten Streit in der Konsolidierung Stellung genommen wurde. Von Gendorf und Kollege Gutjahr (Gau 1) anwesend, welcher eingehend über die Verhandlungen mit den Konsolidierern berichtete und den abgeschlossenen Konsolidierungserfolg erläuterte. Der Konsolidierung sei es, daß jeder Betrieb mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen den Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber traf, woraus ich erachte, daß zwischen den Förderungen der Arbeiter und den Ausgaben der Arbeitnehmer immer eine Differenz verbleibe, so daß es erforderlich ist, wenn wir beim Abschluß des neuen Tarifes für die Konsolidierung alles erreichen, was wir fordern. Wenn deshalb die Kollegen mit den Förderungen nicht zufrieden seien, so sei dem Konsolidierer, daß er dem Förderungen, daß er die Gewerkschaftsinteressen mit dem Ergebnis der Konsolidierungen nicht voll befriedigt und, ob welche jedoch benötigt werden, daß der Betrieb nicht aus Förderungen zu entziehen sei und wir deshalb später beschließen müssen, nachzuhören, was diesmal zu erreichen nicht möglich ist. Am wichtigsten sei zu betonen, daß es nicht immer nach der Fazette gewonnen oder gezeigt werden kann, sondern es gelte bei Lohnverhandlungen weiter anderes in der jeweiligen Zeit auch auf die Allgemeinheit Rücksicht zu nehmen. Die Fazette neben der Fazette des Reichstagsabgeordneten und sonstige Zeitschriften sei, mit denen ich Deutschen vor allem Bedarfsmittel für die heutige Gesellschaftsverhältnisse aufgestellt habe, welche die Gewerkschaften wegen der Konsolidierungen die Verhandlungen nicht weiter föhren dürfen. Wenn die Kollegen den Tarifvertrag abgelehnt hätten und wir einen streng darüber wachten, dass die Verhandlungen die Verhandlungen des Tariftages nicht einholen würden, so daß die Arbeitnehmer bald verpreßt, soß gewissermaßen der Konsolidierung der Arbeitnehmer kein Nutzen durch den Tarif weit begrenzt verhindert werden kann.

In der Zwischenzeit ließen mehrere Kollegen an den Konsolidierungen beteiligt, umfangreiche Verhandlungen des Tariftages, vorwiegend durch Gewerkschaften ausserordentliche Gewerkschaften für die Verhandlungen mit dem Tarif einzutreten.

Zur weiteren Fortsetzung der Verhandlungen kam es zu einer Versammlung über den letzten Tarif in der Konsolidierung, welche von Bergarbeiterverein in Halle angeordnet war. Die Diskussionen fanden extremen, doch die Kollegen lehrten auf zu gut erkauft haben, dass sie von den Gewerkschaften verhandelt werden müssen. Kollege Gutjahr gesteckte das Ziel der Konsolidierung von Halle, durch deren Verhandlungen die Kollegen die Förderungen erlangen möchten werden. Sie forderten nämlich die Kollegen nicht mehr jedem Tarifvertrag, wie Peters, Schleicher und anderen, wenn diese mit tatsächlichen Ergebnissen des Konsolidierungsvertrages einverstanden waren, während sie im Konsolidierung einen Verhandlungserfolg erwarteten.

Kollege Gutjahr erklärte die Konsolidierung noch, in Rahmen alle Fragen über die Höhe des Lohnes zu tragen, wobei abhängiges entscheidend und gegenüberstehendes Verhältnis als Konsolidierung keinen einzigen Aufschwung zeigte der Gewerkschaften noch hat, dass die Gewerkschaften es nicht mehr wollen, wenn die Gewerkschaften wegen des gewerkschaftlichen Bereiches möglicherweise keinen einzigen Aufschwung zeigen.

Gewerkschaften, den Tarifvertrag nicht einhalten zu brauchen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige Fabrikarbeiterversammlung in Sollstedt beschließt, daß die Fabrikarbeiter nach wie vor ihren Interessen durch die Gewerkschaften vertreten lassen und es deshalb für die Zukunft ablehnen, sich von unverantwortlichen Personen zu Handlungen verleiten zu lassen, wodurch die Interessen der Mitglieder nur geschädigt statt gefordert werden.

Kollege Gutjahr berichtete dann noch über die Verhandlungen mit der Betriebsleitung in Sollstedt betreffs Lohnberechnung und Ferienfrage. Es wurde von verschiedenen Meistern betont, daß wenn sich die Beleidigungen zu eng an die Buchstaben des Tariftages heranführen, wie gesagt wären, den Bezirkslohntarif zu kündigen, um durch erneute Verhandlungen befriedigende Umstände zu befreien.

Nachdem die Kollegen Hartmann und Hinneburg die Kollegen aufgeflogen hatten, nunmehr wieder umherwossen zu kommen, um dem Verband treu zu bleiben, wurde die Versammlung geschlossen.

Mit das Vierteljahr zu beginnen; jedoch kann dieselbe bei der Hoffnung für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

R. Bucharin. Das Programm der Kommunisten (Büllerbüro), Verlag: Gesellschaft und Erziehung, C. m. b. S., Berlin SW 43, Wilhelmstraße 9, Preis 3 M. Die Frage des Bolschewismus in wohl dem breitenkreis für die moderne Welt. Trotzdem gibt es heute kaum etwas über das sich die Menschen so unklar sind, wie darüber, was die Bolschewisten eigentlich wollen. Es ist daher zu begrüßen, daß das Programm der Kommunisten, wie es Bucharin niedergelegt hat, in einer wohlwollenden Ausgabe in deutscher Übersetzung erschienen ist. Die 19 Kapitel der Schrift handeln von der Herrschaft des Kapitals, von der Arbeiterschaft, der Kriegspolitik und der kommunistischen Gesellschaft. Die Begründung der Diktatur des Proletariats, der Klassorganisation, der wirtschaftlichen Organisation der Landwirtschaft, der Industrie, des Konsums und des auswärtigen Handels sind Fragen, die auch die nicht bolschewistischen Staaten in höchstem Maße interessieren müssen, weil sie auf den Vertrag mit Russland angewiesen sind. Sehr, der sich in der Programmchrist näher orientiert, wird den Komplex der schwierigen Fragen, die im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehen, ganz anders zu beurteilen vermögen, als vorher. Deshalb ist die Schrift zur Orientierung sehr zu empfehlen.

## Rundschau.

Sind ihr alle da?

Nachdem etwas Ruhe eingetreten ist, ragen sich die hellenhaften Führer der gelben Tappeln wieder aus ihren Schlafzimmern, um das Lämmertreich nach etwaigen Resten ihrer alten Herrlichkeit abzusuchen, wie folgendes Schreiben zeigt:

Deutscher Arbeiterbund (Zentralverwaltung: Hannover, Lützowstraße 7).

Überleitung der Industriearbeiter.

Frankfurt a. M., Schloßstraße 117. Fernsprecher Taunus 4024.

Der Deutsche Arbeiterbund ist eine nationale Gewerkschaft auf der Grundlage der Betriebsorganisation und der Gliederung seiner Betriebsgruppen in Fachabteilungen (Abteilungen für Industriearbeiter, Bergarbeiter, Staatsarbeiter, Anstalt, Pfleger und Hauspersonal u. a. m.). Der Deutsche Arbeiterbund unterstützt seine Mitglieder in allen Notlagen und will die wirtschaftliche und soziale Lage und geistige Lage seiner Mitglieder heben und die Standes- und Berufsinteressen der deutschen Arbeiterschaft wahren und fördern bei Rettung und Anerkennung der rechtmäßigen Interessen anderer Erwerbstätige.

Frankfurt a. M., den 20. August 1919.

Werte Kameraden!

Nachdem durch die Revolution fast überall die Werkvereine durch den Terror der andern Gewerkschaften aufgelöst wurden, hat sich der Deutsche Arbeiterbund mit denselben Bielen, welche der Bund Deutscher Werkvereine verfolgte, neu aufgebaut. In der Annahme, daß auch bei Ihnen ein großer Teil Kameraden noch vorhanden ist, welche auf unserem Standpunkt stehen, richten wir die Frage an Sie, ob der Verein noch besteht und ob Sie gelegentlich unser Generalsekretär Kollege Geißler, Vorsitzender der Industriearbeiterabteilung des Deutschen Arbeiterbundes, zwecks Unterrichtung über die Form der wirtschaftlichen Arbeitersbewegung aufzutreten kann.

Ihrer holdigen Nachricht gerne entgegensehend zeichnet mit komradshaftlichem Gruss

Deutscher Arbeiterbund, Generalsekretariat für Mittel- und Süddeutschland. J. B.: Keppler.

Dass der Deutsche Arbeiterbund die geistige Lage seiner Mitglieder heben will, ist sehr höchst von ihm. Gemeint hat bis jetzt niemand etwas davon; auch die gelben Wochenblätter lassen das Gegenteil von einer Verbesserung der geistigen Lage vermuten. Es ist auch nicht richtig, daß der Terror der andern Gewerkschaften die Werkvereine aufgelöst hat, vielmehr mußte der seit Jahren von den Gelben geführte Terror unter dem Einfluß der Revolutionäre Ereignisse fallen und die anständigen Elemente kommen hingehen, wohin sie gehörten, in die freien Gewerkschaften. Wir freuen uns über das Gefühl, daß die Werkvereine überall aufgelöst wurden, nachdem die Unternehmeherrliche schafft. Die Arbeiterschaft wird im Interesse ihrer eigenen geistigen und moralischen Hebung gut tun, die gelbe Gefahr in Gestalt der Herren Geißler und Keppler allein im Stumpf warten zu lassen. Für die Werkvereiner ist es eben Herbst geworden, der Revolutionärismus hat die gelben Blätter abgeschüttelt, und wir wünschen, daß sie nie wieder auf einen grünen Zweig kommen.

## Arbeiterseiten.

Mit dem 21. August ist in Österreich ein Gesetz in Kraft getreten, das allen industriellen und gewerblichen Arbeitern einen Urlaub von einer Woche in jedem Jahr zusichert, wenn ihr Dienstverhältnis mindestens schon ein Jahr gedauert hat, und von zwei Wochen, wenn es mindestens schon fünf Jahre gedauert hat.

Jugendlicher Arbeiter vor dem holländischen 16. Lebensjahr erhalten schon nach einem europäischen Dauer des Dienstverhältnisses einen Urlaub von zwei Wochen.

Während des Urlaubs hat der Beurlaubte Anspruch auf seine Geldbezüge, die bei Meld, Eltern oder Gebietholde, wenn nicht durch Kollektivvertrag etwas anderes vereinbart ist, nach dem Durchschnitt der letzten zwölf Wochen unter Ausübung mir ausnahmsweise geleisteter Arbeiten zu bemessen sind.

Die dem Arbeiter durch das Urlaubsgebot gewährten Ansprüche können durch Bewilligung werden aufgehoben noch befrünt werden. Durch kollektiver Arbeitsvertrag kann jedoch eine Teilung des Urlaubs vereinbart werden.

Seit dem Jahre 1910 waren in Österreich Ferien gefestigt einzuführen für die Handlungsgehilfen; auch einige Punkte der Schweiz haben ähnliche Anträge gemacht. In Frankreich ist seit 1911 für Lehrerinnen und für das weibliche Personal der Postanstalten bei Niederlann ein preiswarter Urlaub mit Gehaltsbezug vorgenommen. In England erhalten die Handlungsgehilfen seit 1912 Sommerferien. Über in keinem State ist in dem Umfang wie jetzt in Österreich die Ferienzeit in einer so umfassenden Weise gleichzeitig getestet, daß die Gesamtheit der industriellen Arbeiterschaft erfüllt wird.

## Private Interesse und Volkswohl.

Die "Rümmelei medizinische Buchenfürst" (Nr. 24/19) erinnert an das Altdöbelner, das am 1. Juli d. J. in den Vereinigten Staaten in Gang gebracht ist. Mit der Einführung des Berufs der Herstellung und des Vertriebs alkoholhaltiger Getränke verbunden somit die hochentwickelte amerikanische Brauerei und der amerikanische Weinbau. Einträchtig wird nicht geleistet, da nach amerikanischer Ansicht ein Industrieanstalt mit Gehaltsbezug vorgenommen. In England erhalten die Handlungsgehilfen seit 1912 Sommerferien. Über in keinem State ist in dem Umfang wie jetzt in Österreich die Ferienzeit in einer so umfassenden Weise gleichzeitig getestet, daß die Gesamtheit der industriellen Arbeiterschaft erfüllt wird.

1. Wie ist eine Zahlstelle auszubauen?

2. Wie ist eine Quartalsabrechnung herzustellen?

Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift "Bewerbung" sind bis zum 1. Oktober zu richten an

[7,50 M.] Ernst Schmidt, Biedenkopf, Kommentar 11.

Die Zahlstelle Zwickau

sucht bis zum 1. Oktober einen

tüchtigen Lokalbeamten.

Reflektiert wird auf einen Kollegen, der agitatorische und rednerische Fähigkeiten besitzt. Bewerber müssen 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Der Bewerbung ist neben einem handschriftlich abgeschafften Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeitervbewegung die Beantwortung folgender Fragen beigegeben:

1. Wie ist eine Zahlstelle auszubauen?

2. Wie ist eine Quartalsabrechnung herzustellen?

Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift "Bewerbung" sind bis zum 1. Oktober zu richten an

[7,50 M.] Ernst Schmidt, Biedenkopf, Kommentar 11.

Die Zahlstelle Waldheim

sucht zum 1. Oktober

einen Geschäftsführer.

Der Bewerbung ist neben einem handschriftlich abgeschafften Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeitervbewegung eine Antwort auf die Fragen beigegeben:

1. Wie ist eine Zahlstelle auszubauen?

2. Wie ist eine Quartalsabrechnung herzustellen?

Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift "Bewerbung" sind bis zum 20. September zu richten an

[7,00 M.] Ernst Schäfer, Waldheim i. S., Niederdorf 39.

## Zahlstelle Goslar.

Die Zahlstelle Goslar ist besetzt. Allen Bewerbern sei Dank.

J. A.: Die Dienstsatzung.